



Dienstag, 21. April 2026, 17:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Der notwendige Wandel

Die Kriege gegen Russland und den Iran offenbaren die fundamentalen Mängel der Globalisierung.

von Felix Feistel

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Oyls, Vadim Sadovski)

Immer deutlicher tritt das Versagen der Globalisierung zutage. Die Abhängigkeit der Staaten voneinander hat

nicht zu mehr Frieden geführt, sondern vielmehr die Krisenanfälligkeit der Staaten – und damit auch die ihrer Bürger – erhöht. Heute drohen Hungersnöte und Versorgungsengpässe infolge von Kriegen, die der Westen bewusst weltweit entfacht – auch in kritischen Regionen. Die Folgen bekommen alle zu spüren. Diese Krisen könnten jedoch auch zu einer notwendigen Einsicht führen und damit einen Anreiz bieten, das wirtschaftliche Modell grundlegend zu ändern. Ohne eine solche Neuorientierung dürften sich die bestehenden Risiken weiter verschärfen.

Die Globalisierung ist tot. Spätestens, seit der Westen über die Ukraine einen Krieg gegen Russland entfesselt hat und sowohl die EU als auch die USA begonnen haben, auf Sanktionen gegen Russland zu setzen, zeigt sich, wie unzureichend die Idee der Globalisierung tatsächlich war.

Dabei klang sie in ihren Grundzügen zunächst verlockend. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts formulierte Norman Angell in seinem Buch „**The Great Illusion**“ (<https://worldpeacefoundation.org/blog/the-great-illusion-114-years-on/>)“ die Vorstellung, dass eine globalisierte Welt Krieg so unökonomisch machen würde, dass Staaten auf ihn verzichten würden. Die Idee war, dass sich alle Staaten auf die Produktion weniger Waren spezialisieren und dadurch voneinander abhängig sind – sodass Krieg letztlich das globale Handelsnetz gefährden und daher vermieden würde. Beinahe ein Jahrhundert später **formulierte auch Erich Weede** (<https://think-beyondtheobvious.com/stelters-lektuere/frieden-durch-freihandel/>) die These, dass Staaten, die Handel miteinander

treiben, keine Kriege gegeneinander führen. Man könnte es auf die Formel „Frieden durch Kapitalismus“ bringen.

Trotz fortschreitender Globalisierung nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich diese Hoffnung auf Frieden durch globalisierten Kapitalismus nicht erfüllt. Man kann annehmen, dass diese Idee ohnehin lediglich als schöne Erzählung diente, um die Globalisierung zu legitimieren.

Denn profitiert haben von diesem Prozess lediglich die Finanzkonzerne und Aktionäre, nicht jedoch die einfachen Menschen in den Ländern, aus denen die Produktion verlagert wurde, um andernorts geringere Löhne zahlen zu können und Umweltauflagen zu umgehen.

Die Kriege gegen Russland und gegen den Iran zeigen zudem, dass sich auch langfristig die Strategie der Globalisierung für die meisten Staaten negativ auswirkt. Bereits das Sanktionsregime, das die EU gegen Russland verhängt hat – einschließlich des Verzichtes auf Erdöl und Erdgas, sowie den Verlust des russischen Marktes – hat die EU in eine tiefe, langanhaltende Rezession geführt. Absatzmärkte schrumpfen, Energiepreise steigen, die Versorgung ist gefährdet. Zusätzlich verschlingt der Krieg in der Ukraine Milliardenbeträge, die die EU-Staaten als Hilfgelder in Ukraine pumpen – wo sie dann in korrupten Strukturen versickern.

Die EU befindet sich in einer tiefen Krise, denn ihre Abhängigkeit von ausländischen Energieressourcen und Exportmärkten war und ist sehr groß. Besonders betroffen ist der frühere „Exportweltmeister“ Deutschland, der lange Zeit billige Energie aus Russland bezog, diese in hochpreisige Produkte aus dem Maschinenbau, der Fahrzeugfertigung und der Chemieindustrie umwandelte, und diese dann exportierte.

Mit dem Wegfall der günstigen Energie und wichtiger Absatzmärkte bricht die deutsche Wirtschaft zusammen.

So sucht die EU seit 2022 händeringend nach neuen Gas- und Ölquellen – und wurde in Aserbaidschan sowie in den USA fündig, von wo sie nun überteuertes LNG bezieht. Auch die Golfstaaten waren eine Quelle dieser Rohstoffe – doch mit Beginn des Krieges im Iran versiegte auch dieser Zugang. Denn der Iran blockiert zumindest selektiv die Straße von Hormus – durch die ein großer Teil der Erdgas- und Erdölproduktion aus den Golfstaaten verschifft werden muss. Öl und Gas kommen daher in Europa nicht mehr an. Die Folge ist eine Versorgungskrise: Die Preise steigen, und es besteht die Gefahr, dass in naher Zukunft Engpässe entstehen.

Doch beide Kriege – gegen Russland und den Iran – bringen noch eine weitere Gefahr mit sich, über die jedoch weniger gesprochen wird. Denn sowohl Russland als auch der Nahe Osten sind wichtige Rohstofflieferanten für Düngemittel. So exportierten Russland und Weißrussland große Mengen Ammoniak in die EU, das für die Herstellung von Kunstdünger benötigt wird. Auch Erdgas spielt für die Produktion von Düngemitteln eine zentrale Rolle.

Der Nahe Osten wiederum stellt **bis zu 50 Prozent** (<https://www.fb.org/market-intel/middle-east-tensions-raise-spring-planting-concerns>) der globalen Versorgung mit Harnstoff (Urea), ebenfalls **50 Prozent des Schwefels** (<https://www.merkur.de/wirtschaft/iran-krieg-trifft-deutsche-schluesselbranche-erste-lieferketten-reissen-warnung-vor-massiven-engpaessen-94220299.html>) sowie weitere 30 Prozent der Versorgung mit Ammoniak. All diese Stoffe sind wichtige Grundstoffe für die Düngemittelproduktion. Auch diese Rohstoffe müssen die Straße von Hormus passieren – was derzeit jedoch nicht möglich ist. Damit befinden sich die EU und letztlich die ganze Welt in einer enormen Düngemittelkrise, die sich negativ auf die

gesamte landwirtschaftliche Produktion auswirken dürfte. Lediglich Russland und Weißrussland könnten davon weitgehend verschont bleiben – ebenso wie deren Handelspartner.

Die multiplen Krisen wirken sich in Europa – und hier vor allem in Deutschland – negativ aus. Während andere Staaten wie Frankreich noch stark auf Atomkraft setzen – wobei auch dort der Zugang zu günstigem Uran infolge politischer Umbrüche in Afrika zunehmend unsicher wird –, hat Deutschland diese Form der Energiegewinnung längst beendet und stattdessen auf „erneuerbare“ Energien gesetzt, die jedoch nicht ausreichen. Gas- und Erdölimporte haben sich verringert, obwohl sie grundlegend für alle Produktionsprozesse sind – angefangen bei der Landwirtschaft. Zudem hat die EU eine CO₂-Steuer eingeführt, welche die Preise weiter in die Höhe treibt.

Deutschland ist weiterhin auf erhebliche Importe von Kunstdünger angewiesen – **insbesondere aus Russland**

(<https://wits.worldbank.org/trade/comtrade/en/country/DEU/year/2023/tradeflow/Imports/partner/ALL/product/310210>),

dessen Produkte nach wie vor (auf Umwegen) den deutschen Markt erreichen. Im internationalen Vergleich liegt es beim

Importvolumen von Ammoniak weltweit auf **dem elften Platz**

(<https://www.statista.com/statistics/1281666/global-ammonia-import-volume-by-country/>).

Die Preise für Kunstdünger sind jedoch stark gestiegen, da die globale Versorgung unsicherer geworden ist, Lieferungen über Umwege erfolgen müssen, Energiepreise die Produktionskosten in die Höhe treiben und Unternehmen die Risiken in höhere Preise einpreisen. Diese Entwicklung macht Deutschland und die gesamte EU zunehmend anfällig für Versorgungsengpässe und steigende Produktionskosten. Hinzu kommt, dass Deutschland sich bei einigen Lebensmitteln nicht selbst versorgen kann. Zwar ist der Selbstversorgungsgrad mit

Getreide

(<https://www.landwirtschaft.de/wirtschaft/agrarmaerkte/markt->

und-versorgung/der-selbstversorgungsgrad-wie-ist-es-in-deutschland-um-die-versorgung-mit-lebensmitteln-bestellt),
Fleisch und Milch gegeben. Obst, Gemüse, Fisch, Honig und Eier müssen zum Teil jedoch in erheblichem Maße importiert werden.

Diese Importe stammen zwar größtenteils aus EU-Staaten, doch eine Düngemittelkrise würde sich auch hier bemerkbar machen und die deutsche Selbstversorgung kritisch gefährden. Auch für die USA offenbart sich ein erhebliches Defizit durch die Globalisierung. Zwar sind die USA große Produzenten von Erdöl und Erdgas – und verfügen über riesige landwirtschaftliche Kapazitäten, doch die Globalisierung zeigt insbesondere in der Industrie ihre Schattenseiten. Produktionsstätten wurden in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend in günstigere Länder, allen voran China, verlagert. Dies wirkt sich unter anderem im Bereich der Rüstung negativ aus: Auch hier sind die industriellen Kapazitäten der USA enorm zurückgegangen und zum Teil nach China ausgelagert worden. Das bringt erhebliche Nachteile mit sich, wenn man Krieg gegen China oder seine Verbündeten führen will.

Genau diese Nachteile erleben die USA derzeit im Iran.

Schon durch den Krieg gegen Russland und die andauernden Waffenlieferungen an die Ukraine haben sich die Bestände an Munition deutlich geleert. Nun, da das Arsenal im Iran intensiv zum Einsatz kommt, erschöpfen sich die Kapazitäten rasch, und diese neu zu produzieren ist kaum möglich.

Bereits in den ersten Tagen des Krieges haben die USA Berichten zufolge die Produktion mehrerer Jahre verbraucht (<https://www.spiegel.de/ausland/iran-krieg-usa-haben-offenbar-bereits-munition-fuer-jahre-verbraucht-a-a8978396-868a-477a-8d0a-9798f8c8da97>). Da die industriellen Kapazitäten der USA weitgehend in China liegen und auch der größte Teil der Seltenen

Erden, die für die Produktion von Kriegsgerät benötigt werden, ebenfalls aus China stammt, wird es für die USA sehr schwierig, den Krieg auf Dauer aufrechtzuerhalten und ihre Arsenale für zukünftige Konflikte zu füllen. Die Globalisierung hat hier zu einer faktischen Entwaffnung der USA geführt.

Was für die USA gilt, das gilt auch für Europa. Zwar verfügt Europa noch über eine große Rüstungsindustrie, doch auch diese ist von Energie- und Rohstoffimporten abhängig. Bei 14 von 27 kritischen Rohstoffen sind Deutschland und die EU **zu 100 Prozent** (https://www.diw.de/de/diw_01.c.861639.de/publikationen/wochenberichte/2022_50_1/deutschland_kann_seine_versorgungssicherheit_bei_mineralischen_rohstoffimporten_erhoehen.html) auf Importe angewiesen. Die wichtigste Quelle dieser Metalle ist dabei China. Nicht nur der Abbau konzentriert sich in hohem Maße dort, sondern **auch die Verarbeitung** (https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/files/research-papers/2025/03/iiss_critical-raw-materials-and-european-defence_25032025.pdf). Damit ist China der Flaschenhals für die europäische und US-amerikanische Rüstungsindustrie.

Die Globalisierung hat ihr Versprechen auf Frieden also nicht eingelöst, sondern die Staaten nur anfälliger für Krisen gemacht. Das wird gerade durch die Kriege in Osteuropa und im Nahen Osten deutlicher als je zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Diese Krisen machen die Mängel der Globalisierung sichtbar:

Die meisten Staaten sind in eine gegenseitige Abhängigkeit geraten, die bei globalen Krisen zu schweren Versorgungsengpässen führen kann. Was der globale Süden immer wieder erlebt, könnte nun auch in Europa eintreten.

Das gibt Deutschland und anderen europäischen Staaten nun die

Chance, diese Mängel zu beheben. Wichtig wäre jetzt, den Grad der Selbstversorgung zu erhöhen, anstatt für einen Exportmarkt zu produzieren. Dies betrifft insbesondere die Landwirtschaft, die teilweise erhebliche Überschüsse produziert, die exportiert werden. Diese Überkapazitäten binden jedoch Ressourcen, die für die Erhöhung der Selbstversorgung in anderen Bereichen genutzt werden könnten. Statt enorme Mengen an Zucker anzubauen und zu exportieren, könnte man die Selbstversorgung mit Obst und Gemüse erhöhen.

Zudem wird es notwendiger denn je, Möglichkeiten zu finden, Nahrungsmittel ohne Kunstdünger und Pestizide anzubauen. Das mag für viele, die nichts anderes gewohnt sind, unmöglich klingen – war es aber in der Geschichte eigentlich nie. Angesichts des drohenden Mangels an Düngemitteln bleibt auch nichts anderes übrig. Die Alternative wären Hungersnöte oder massive Importe aus Ländern wie Russland.

Auch in Bezug auf andere lebensnotwendige Güter wäre eine Erhöhung der Selbstversorgung ratsam. Das ist in Bezug auf industrielle Ressourcen, etwa Metallen für Staaten wie Deutschland, nicht so einfach. Hier wäre es jedoch durchaus möglich, die Bezugsquellen zu diversifizieren – indem man von Sanktionen Abstand nimmt und sich wieder um Diplomatie bemüht, anstatt einseitig moralische Scheinargumente zum Ausgangspunkt des Handelns zu machen.

Zudem müsste man ernsthaft über alternative Möglichkeiten nachdenken, auf militärische Bedrohungen zu reagieren. Denn das Militärbündnis NATO wird die derzeitigen Krisen möglicherweise nicht überstehen. Die sich herausbildenden Machtblöcke schließen die EU nicht mit ein – diese droht auf absehbare Zeit in Bedeutungslosigkeit zu verschwinden, wenn sie so weitermacht wie bisher. Ob die EU überlebt, ist ebenso fragwürdig – in ihrer jetzigen Form aber ohnehin nicht wünschenswert. Die EU-Staaten könnten

damit zur leichten Beute von Supermächten werden – wenn etwa die USA schließlich doch noch Grönland, und in der Folge vielleicht noch andere Staaten zu übernehmen gedenken.

Dass Russland danach trachtet, andere europäische Länder zu überfallen ist zwar derzeit kaum mehr als westliche Propaganda, dennoch kann niemand vorhersehen, wie sich die Zukunft entwickelt.

Sollte etwa der noch gemäßigte Präsident Putin irgendwann seinen Posten zugunsten eines anderen, eventuell kompromissloseren Kandidaten räumen, könnte sich die Haltung Russlands zu Europa drastisch ändern – auch befeuert durch die fortwährende Eskalation der EU selbst gegenüber dem großen und eigentlich wichtigen Nachbarn.

Ebenso flammen innerhalb der EU bereits jetzt Konflikte auf. Schon seit Jahren bringt Polen wieder die Forderung nach Reparationen gegenüber Deutschlands aufs Tapet. Zwischen Ungarn und der Ukraine eskaliert ein Konflikt, der irgendwann in einen Krieg münden könnte, und in **Serbien** (<https://www.diepresse.com/20672588/vucic-bestaetigt-besitz-chinesischer-hyperschallraketen>) fürchtet man bereits einen Angriff durch Kroatien, Kosovo und Albanien. In einem Klima der zunehmenden Unsicherheiten müsste auch Deutschland in der Lage sein, sich zu verteidigen – nicht am Hindukusch, nicht an der russischen Grenze, sondern an seinen eigenen Grenzen. Ansonsten könnte Deutschland tatsächlich Opfer größerer Mächte werden. Das erfordert jedoch eine Rückkehr zu den Grundprinzipien des Grundgesetzes, das den Einsatz der Bundeswehr ausschließlich zur Abwehr von Feinden vorsieht. Ebenso wäre ein Austritt aus NATO und EU-Verteidigungsbündnis notwendig. Beide Zusammenschlüsse haben sich als Kriegstreiber längst selbst delegitimiert.

Stattdessen wären regionale Bündnisse mit Nachbarstaaten denkbar

– sowohl zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit als auch zur Verteidigung. Diese müssten das undemokratische, totalitäre Regime der EU mit seinen autoritären Vorgaben und seiner Regulierungswut ablösen – unter Bewahrung der Souveränität aller Beteiligten. Allerdings zeigt sich immer deutlicher, dass Staaten mit ihren Regierungen nicht in der Lage – und auch nicht gewillt – sind, sich hauptsächlich um ihre Bürger zu kümmern. Stattdessen geht es um Macht, Korruption und gezielte Umverteilung von unten nach oben. Daher wäre perspektivisch ein ganz anderes Modell anzustreben. Zu der Frage, wie dieses aussehen könnte, gibt es viele denkbare Antworten. Jede nachhaltige Form des Zusammenlebens müsste aber, um erfolgreich zu sein, auf Dezentralisierung und Entmonetarisierung setzen.

Und das ist derzeit nirgendwo zu erkennen.



Felix Feistel, Jahrgang 1992, studierte Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht. Schon während seines Studiums war er als Journalist tätig; seit seinem Staatsexamen arbeitet er hauptberuflich als freier Journalist und Autor. So schreibt er für **[manova.news](https://www.manova.news/)** (<https://www.manova.news/>), **apolut.net** (<https://apolut.net/>), **[die Freie Medienakademie](https://www.freie-medienakademie.de/)** (<https://www.freie-medienakademie.de/>) sowie auf seinem eigenen **[Telegram-Kanal](https://t.me/Felix_Feistel)** (https://t.me/Felix_Feistel). Eine Ausbildung zum Traumatherapeuten nach der Identitätsorientierten Psychotraumatheorie und -therapie (IoPT), erweiterte sein Verständnis von den Hintergründen der Geschehnisse auf der Welt.

